

KURZ UND PRÄGNANT

SPD-Selbstaufgabe

„Die SPD verabschiedet sich von der politischen Verantwortung und damit dem Ziel, große Problembaustellen in Thüringen endlich zu beseitigen“, sagte Bodo Ramelow nach der Meldung, dass für die SPD eine Gebietsreform vorerst vom Tisch ist. Statt endlich eine Funktional- und Verwaltungsreform anzugehen und einen Masterplan für eine Gebietsreform vorzulegen, kapitulierte die SPD vor ihrem Koalitionspartner und letztlich auch vor sich selbst. Jetzt hätte man die Voraussetzungen für eine faire Debatte zur Gebietsreform schaffen müssen.

„Wenn die SPD nun allein eine Verwaltungsreform als Kompromiss betreibt, dann bleibt am Ende nur Gemurkse“, so der Fraktionsvorsitzende. Von Beginn an habe die CDU die Reform blockiert. „Den Stillstand hat die SPD mit zu verantworten. Was die sie versucht, als Flucht nach vorn zu verkaufen, ist ein Armutszeugnis für ihre politische Gestaltungskraft innerhalb der Regierung und zeugt von inhaltlicher Selbstaufgabe.“ Schon die von der SPD mitgetragenen Gemeindeneugliederungen seien eine Sturzgeburt gewesen. ■

Verhandlungsmasse

„Familienpolitik scheint in der sich anbahnenden großen Koalition wieder zum Gedöns zu verkommen“, kritisierte MdL Margit Jung. Offenbar sei die SPD bereit, auf über eine Milliarde Euro zu verzichten, die notwendig wären, um den Kita-Ausbau voranzubringen und Eltern von Gebühren zu entlasten. Auch in Thüringen werde das von der SPD viel gescholtene Landeserziehungsgeld immer wieder mit dem Koalitionszwang verteidigt. Natürlich werde das gleiche Geld dann nicht für qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ausgegeben.

„Damit rückt eine Gebührenfreiheit, die durch den Bund mitfinanziert werden muss, wieder in weite Ferne“, so die Familienpolitikerin der Linksfraktion. Im Grunde bleibe sich die SPD aber treu. Obgleich sie gerne den Eindruck erwecke, das Betreuungsgeld sei des Teufels, ist es nur dank ihrer Zustimmung in der großen Koalition ins Leben gerufen worden. Schon 2008 stimmte die SPD einem neuen Absatz im SGB VIII zu, mit dem ab 2013 eine monatliche Zahlung „für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können“, vereinbart wurde. „Die Verhandlungsmasse Betreuungsgeld beweist einmal mehr die Oberflächlichkeit der bildungs- und familienpolitischen Forderungen dieser Partei“, stellte Margit Jung fest. ■

Landesregierung oder Selbstbedienungsladen?

Thüringens CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht setzt ihre politischen „Chaostage“ unbeirrt fort.

Während gegen die Regierungschefin wegen des Verdachts der Untreue in der Unterhaltsaffäre um ihren früheren Regierungssprecher Peter Zimmermann ermittelt wird, hält sie an einer höchst umstrittenen Personalie fest und ernennt Jürgen Gnauck (CDU) zum Staatskanzleiminister – der als Privatperson gegen die Staatskanzlei klagt. Es geht bei dem Rechtsstreit um Beihilfeansprüche aus seiner ersten Amtszeit als Staatskanzleiminister von 1999 bis 2003.

Mit der Verteidigung als Minister stehe Gnauck genau der Behörde vor, gegen die er klagt, hatte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, am 16. Oktober in der Plenarsitzung kritisiert. Ein Dringlichkeitsantrag der Linksfraktion, die Verteidigung deshalb zu verschieben(

siehe Beitrag unten), scheiterte an der Koalition aus CDU und SPD (die LINKE war daher während der Verteidigung aus dem Plenarsaal ausgezogen – siehe Foto). Gnauck selbst sieht durch seine Verwaltungsklage gegen die Staatskanzlei keinen Interessenkonflikt. Inzwischen ist allerdings bekannt, dass die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue in der Versorgungsaffäre Gnauck ermittelt. Die Ermittlungen würden vorerst gegen Unbekannt geführt, die Untersuchung des Anfangsverdachts erfolge von Amts wegen auf Grund der medialen Berichterstattung und nicht auf Grund einer Strafanzeige, so die Staatsanwaltschaft. Wie gewohnt reagierte die SPD Thüringen – und besetzte sowohl Pro wie Kontra in der Angelegenheit. SPD-Landesgeschäftsführer Rene Lindenberg hatte noch am 14. Oktober vollmundig verkündet: „So lange Herr Gnauck juristisch gegen die Staats-

kanzlei vorgeht, darf Lieberknecht ihm das Ministeramt nicht übertragen.“ Was man bei der SPD unter einer solchen Stellungnahme versteht und wie gering dort das Verfallsdatum politischer Moral ist, machte deren Landtagsfraktion zwei Tage später deutlich: sie stimmte geschlossen gegen den Antrag der Linksfraktion, die Verteidigung von Gnauck zu verschieben. Gut möglich, dass sich die SPD aus Rücksicht auf die Affäre um Wirtschaftsminister Matthias Machnig besonders devot gegenüber dem Koalitionspartner CDU verhält. Auch gegen Machnig (SPD) hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, da wegen seiner Doppelalimenterung aus Ministergehalt und Ruhegehalt als früherer Staatssekretär im Bundesumweltministerium der Anfangsverdacht des Betrugs bestehe.

Die Öffentlichkeit hat wenig Verständnis für Lieberknechts fortgesetzte Peinlichkeiten. Es gehöre „eine gehörige Portion Instinklosigkeit und Selbstgefälligkeit dazu, dass Lieberknecht an der Berufung Gnaucks festhält“, kommentierte die Thüringer Allgemeine am 17. Oktober. In dem Kommentar heißt es weiter: „Mit dieser skandalösen Berufung macht Thüringen einmal mehr deutschlandweit Werbung im Stile einer Bananenrepublik.“

Und tatsächlich dürfte eine solche Häufung paralleler Untreue- und Betrugsermittlungen im Umfeld einer Landesregierung einmalig sein. Wenig zimperlich reagiert man im Internet: Vom „Selbstbedienungsladen der Fa. Lieberknecht“ spricht „Ein OTZ-Leser“.

Stefan Wogawa



Bodo Ramelow begründete den Dringlichkeitsantrag

Zu Beginn der Landtagssitzung am 16. Oktober hatte der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow die Dringlichkeit des Antrags der LINKEN „Verschiebung der Verteidigung von Herrn Jürgen Gnauck als Minister“ begründet und u.a. erklärt:

„Die Dringlichkeit bezieht sich darauf, dass in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, dass die Thüringer Landesregierung offenkundig eine Mentalität hat einreißen lassen, die die Bürger mit Selbstbedienungsmentalität und Raffgier übersetzen. Zu dieser Mentalität haben wir Anträge gestellt, um das Parlament zu ermächtigen, sich selbst zu ermächtigen, um diese Verwerfungen endgültig abzustellen.“

Während wir darüber noch diskutieren und Sie, Kollegen von der CDU und der SPD, unseren diesbezüglichen Antrag nicht einmal an den Ausschuss überweisen zur weiteren Bearbeitung, schlägt Frau Ministerpräsidentin öffentlich vor, Herrn Gnauck als Minister zu berufen. Es ist ihr gutes Recht, das können wir politisch beklagen. Aber

danach hören wir in den Medien, dass die Privatperson Gnauck gegen die Staatskanzlei klagt, gegen die Landesregierung, weil ihm auf Lebenszeit eine Finanzierung seiner Gesundheitskosten, seiner Gesundheitsabsicherung von ihm und seiner Familie, zugesichert sei. Das Recht der Privatperson Gnauck (...), das steht ihm zu. Er kann sagen, ich habe einen Bescheid bekommen und dieser Bescheid wird von mir nicht geteilt, gegen den klage ich, er ist auch Anwalt, er weiß, was er tut. Dass er vorher für die gleichen Gesetze zuständig war, ist ein anderes Problem.

Aber dass er jetzt berufen worden ist und heute hier vereidigt werden soll, obwohl ein laufendes Verfahren gegen die Landesregierung immer noch anhängig ist (...), dann wird er Dienstvorsetzter dieser Stelle, die diese Bescheide ausgefüllt hat

(Zwischenruf Lieberknecht, Ministerpräsidentin: Nein.)

Doch, Frau Ministerpräsidentin, das ist die öffentliche Einlassung des Fi-

nanzministeriums. Das Finanzministerium hat der Öffentlichkeit mitgeteilt, sie seien erst ab 2012 zuständig, und Frau Walsmann hat mir schriftlich mitgeteilt, die Z-Abteilung ihres Hauses, der Staatskanzlei, ist zuständig für die Zahlungsbegründungen für alle Minister und Staatssekretäre.

Wenn dem so ist, dann kann man nicht einen Kläger zum Minister berufen an einer Stelle, wo er anschließend der Vertreter des Beklagten ist. Das halten wir für das Problem. Deswegen bitten wir Sie darum, die Verteidigung nicht vorzunehmen. Und ich bitte die Kolleginnen und Kollegen im Haus, wenigstens darüber nachzudenken, ob wir hier Zuschauer werden sollen von einem Vorgang, bei dem die Öffentlichkeit nur das Gefühl hat, dass Habgier sich hier Bahn bricht.“

Die Landtagsmehrheit lehnte den Dringlichkeitsantrag der Linksfraktion ab. Gnauck habe „dem Land gut gedient und wird das auch in Zukunft tun“, hatte zuvor für die CDU Volker Emde entgegnet. ■